

150 Jahre IHK für die Pfalz

Aufgabenwandel im Spiegel historischer Wendemarken

Die pfälzische Industrie- und Handelskammer besteht in diesem Jahr seit 150 Jahren. Auf Initiative Speyerer Kaufleute gründeten 15 Kaufleute und Fabrikanten am Standort Kaiserslautern – über viele Jahrhunderte erwerblicher und kaufmännischer Mittelpunkt – die Handelskammer für die Pfalz. Die Kammer hat den Wandel der Pfalz mit ihrer ursprünglich agrarisch geprägten Struktur zu einem leistungsfähigen Industrie-, Handels- und Dienstleistungsstandort mit Rat und Tat begleitet.

Um Verständnis für die vielfältigen ordnungs- und wirtschaftspolitischen Aufgaben einer Industrie- und Handelskammer zu gewinnen und ihre besondere Stellung innerhalb der sozialen Marktwirtschaft zu verstehen, lohnt sich ein Blick in ihre Geschichte. Was waren die Hintergründe, die zur Gründung der Handelskammer geführt haben, wie sah das wirtschaftliche Umfeld in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Pfalz aus und welchen Herausforderungen mußte sich die wirtschaftliche Selbstverwaltung an den Wendepunkten der Geschichte stellen?

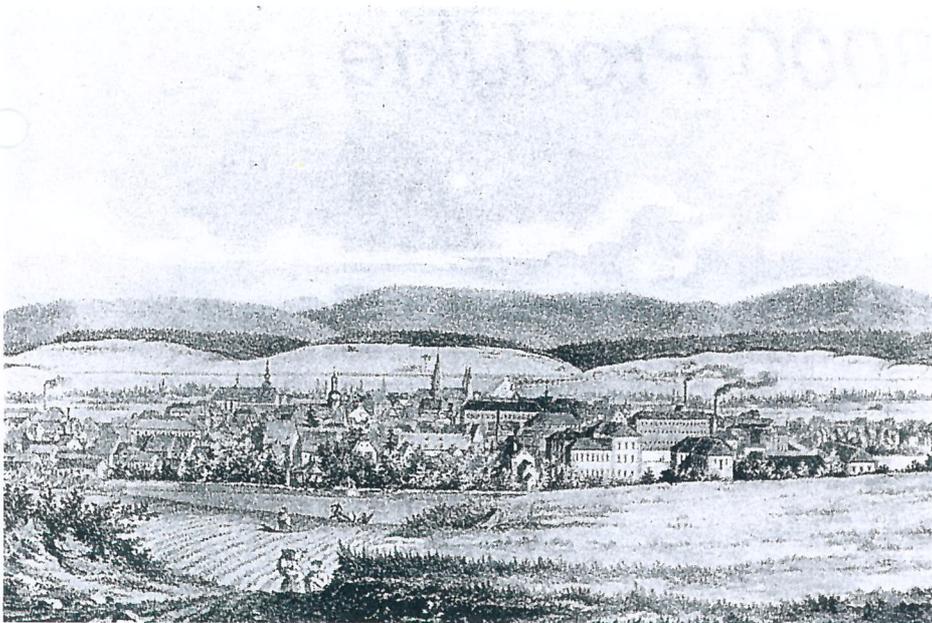
Die Geburtsstunde der pfälzischen Kammer fällt in die Zeit der industriellen Revolution in der Pfalz. Das wirtschaftliche Bild verändert sich. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist die Ausfuhr überschüssiger landwirtschaftlicher Produkte noch die wichtigste Einkom-

mensquelle für die Pfalz. Die vorhandenen Bodenschätze begünstigen in der damaligen Zeit die Ansiedlung verschiedener Produktionszweige. Die Steinkohle ist Träger des industriellen Aufschwungs. Immer mehr Arbeitsplätze entstehen im Bergbau, in Eisen- und Stahlwerken, Glashütten, Gießereien, im Maschinen- und Apparatebau sowie in Textil- und Tuchfabriken. In der Westpfalz konzentriert sich die Schuhfabrikation. Buchstäblich 100 000 Dutzende von Schuhen und Pantoffeln werden auf den Markt gebracht. Gefördert wird die wirtschaftliche Entwicklung auch durch die günstigen Standortbedingungen der Pfalz mit ihrer vorteilhaften Lage am Rheinufer, ergänzt durch ein leistungsfähiges Eisenbahnnetz mit zahlreichen Querverbindungen und Stichbahnen sowie ein zum Teil sehr gut ausgebautes Straßennetz.

Initiativen von Speyerer Kaufleuten

Zu den Ursachen für die Bestrebungen, in der Pfalz eine Handelskammer zu errichten, ist die Wirtschaftskrise im pfälzischen Handel zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Folge der Loslösung von Frankreich und die Angliederung an Bayern zu zählen. Hinzu kommt die territoriale Neugliederung, die die Pfalz von linksrheinischen deutschen Nachbargebieten trennt und eine Reihe von Schutzzöllen, die den freien Warenaustausch in dieser Zeit stark behindern.

Schon bald nach der Konstituierung des bayerischen Rheinkreises ergreifen Kaufleute in Speyer und in der Vorderpfalz unterstützt vom gesamten pfälzischen Handels- und Gewerbebestand im Laufe der 20er und 30er Jahre des 19. Jahrhunderts immer wieder die Initiative, eine Handelskammer zu gründen. Auch die pfälzische Kreisregierung und die bayerische Kammer der Abgeordneten setzen sich für dieses Projekt ein. Das Streben nach Eigenständigkeit – als „Stand der Kaufleute und Gewerbetreibenden“ und als Region – trieben die Gründung der Kammer voran und lösten die dazu notwendigen Schritte aus.



Kaiserslautern um das Jahr 1864 – Der Geburtsort der pfälzischen IHK war mit seinen rund 8000 Einwohnern Mitte des 19. Jahrhunderts das wirtschaftliche Zentrum der Pfalz.

Der Autor:
Dipl.-Kfm. Thomas Engel,
IHK für die Pfalz

Die königliche Verordnung macht den Weg frei

In Speyer formierten sich Kräfte, vermehrt auf die zentralstaatliche Wirtschaftspolitik Einfluß zu nehmen und damit zu einer allgemeinen Wirtschaftsbelebung beizutragen. Die Petition des Speyerer Handelsstandes aus dem Jahre 1819 war der offizielle Auftakt für eine ganze Reihe von Petitionen, eine Handelskammer zu gründen. Alle diese Bestrebungen trafen jedoch zunächst bei der bayerischen Regierung auf wenig Gegenliebe. Die Wende kam erst im Jahre 1842 mit der königlichen Verordnung vom 19. September, die den Weg zur Gründung von 7 Handelskammern in Bayern ebnete. Für die Pfalz wurde Kaiserslautern als Standort ausgewählt, das sich im Verlauf der 30er Jahre aufgrund seiner ausgezeichneten Verkehrslage immer mehr zum Wirtschaftszentrum entwickelt hat. 8000 Einwohner zählte die Barbarossa-Stadt um das Jahr der Kammer-Gründung. Sie war Sitz der größten pfälzischen Getreidebörse und des pfälzischen Fruchtmarktes. In Kaiserslautern wurde 1833/34 die pfälzische Kreislandwirtschafts- und Gewerbeschule gegründet und 1837 konstituierte sich hier die „Pfälzische Gesellschaft für Pharmazie und Technik und der Grundwissenschaften“.

Unter der Leitung von Regierungspräsident Fürst Wrede fand am 30. April 1843 im Rathaussaal des Stadthauses von Kaiserslautern die erste konstituierende Sitzung der Handelskammer statt. Im gleichen Jahr schlug auch die Geburtsstunde von Ludwigshafen, als das Handelshaus Scharpff-Lichtenberger den Hafenplatz Rheinschanzen an den bayerischen Staat verkaufte und ihm den Namen Ludwigshafen gab. Doch wieder zurück nach Speyer. Zu den 15 Gründungsmitgliedern, die von König Ludwig I. ernannt wurden, gehörte der damalige Bürgermeister von Kaiserslautern, Adam Weber, der eine Tuchfabrik, ein Großhandels- und Speditionsgeschäft unterhielt. Er wurde zum ersten Handelskammer-Vorsitzenden gewählt, zu seinem Stellvertreter der Kaiserslauterer Fabrikant Adrian Pletsch, der von seiner Lampertsmühle aus einen Früchte-, Brot- und Mehlhandel betrieb. Weitere Gründungsmitglieder waren Franz Karcher, Angehöriger einer der angesehensten Kaiserslauterer Fabrikantenfamilien, der von der Textilbranche auf die Rübenzuckerfabrikation umgesattelt hatte. Die Textilindustrie vertrat der Kattunfabrikant Adam



Speyer im Jahr 1831 – Von der Speyerer Kaufmannschaft gingen Bestrebungen zur Gründung der Handelskammer aus.

Orth. Der 5. Kaiserslauterer war der Tuch- und Spezereihändler Wilhelm Jacob. Die Westpfalz vertraten der Hüttenwerkbesitzer Ph. H. Krämer aus St. Ingbert, der Maschinenfabrikant Chr. W. N. Dingler aus Zweibrücken und der Tuchhändler Johann Wack aus Kusel. Aus der Vorderpfalz kamen der Tuchfabrikant Casimir Wagner aus Lambrecht, der Großhändler Georg Friedrich Müller aus Landau, der Spezereihändler und Spediteur Carl Heinrich Voltz aus Speyer und der Kaufmann Jacob Adler, ebenfalls aus Speyer. Die übrigen Mitglieder waren Philipp Heinrich Karcher aus Frankenthal, der Weinhändler und Fabrikant Georg Fitz aus Dürkheim und der Bankier Ludwig Dacqué aus Neustadt. Damit entsandte die Vorderpfalz 7 und die Westpfalz 8 Vertreter in die erste Handelskammer der Pfalz.

Reform der Kammer-Organisation

Am Auftrag der Handelskammern von damals hat sich bis heute nichts Grundlegendes geändert. Die bayerische Ordnung verpflichtete die Kammer, „die Regierung bei der Förderung des Handels und Gewerbefleißes und in der Beseitigung der ihrem Aufblühen entgegenstehenden Hemmnisse durch ihren Rat und ihre Mitwirkung zu unterstützen“.

Die Ausweitung der wirtschaftlichen Aktivitäten der Pfalz brachte sehr schnell eine Reform in der Organisation der Handelsvertretungen mit sich. Bereits im Jahre 1850 sah die bayerische Verord-

nung vom 4. Februar entgegen der Intention der Handelskammer in Kaiserslautern vor, an verschiedenen Orten, an denen sich wirtschaftliche Schwerpunkte bildeten, eine Gewerbe- und Handelskammer zu errichten. Sie sollte sich auf 3 selbständige Abteilungen – ein Gewerberat, Fabrikrat und ein Handelsrat – aufteilen. Die tatsächliche Entwicklung ging jedoch einen anderen Weg. Denn schon das Jahr 1855 brachte eine neue Rechtsgrundlage für die Organisation der bayerischen Wirtschaftsvertretungen. An der Bildung von Gewerbe-, Fabrik- und Handelsräten eines Ortes oder Bezirks wurde zwar festgehalten, doch einmal im Jahr sollte eine Kreis-, Gewerbe- und Handelskammer zur Beratung zusammentreten. Im Jahre 1857 gingen Akten, Inventar und Siegel der früheren Handelskammer für die Pfalz in den Besitz der neuen Kreis-, Gewerbe- und Handelskammer über.

Einmal im Jahr versammelten sich die Kammermitglieder im wirtschaftlich aufstrebenden Ludwigshafen unter dem Vorsitz des damaligen Präsidenten Andreas Jordan, Weingutsbesitzer aus Deidesheim zu einer mehrtägigen Sitzung. Für erhebliche Unruhe innerhalb der Wirtschaft sorgte die Reform der Wirtschaftsvertretung vom 20. 12. 1868, die in jedem Regierungsbezirk eine Handels- und Gewerbekammer vorsah. Zum Streit kam es insbesondere über den Sitz der Kammer, für den die bayerische Regierung Ludwigshafen bestimmt hatte. Es war dem Verhandlungsgeschick des damaligen Vorsitzenden Dr. August von Clemm, Mitbegründer der Badischen Anilin- und Sodafabrik, zu verdanken, daß

Meilensteine der Kammer-Geschichte

1843–1851: **Handelskammer für die Pfalz in Kaiserslautern.** Verordnung vom 19. 9. 1842; Vollzug für die Pfalz am 7. 4. 1843. Erste konstituierende Sitzung am 30. 4. 1843 in Kaiserslautern. Berufung der Mitglieder durch die Regierung. Vorsitzende: Adam Weber, Tabakfabrikant, Spediteur und Bürgermeister in Kaiserslautern; Adrian Pletsch, Mühlenbesitzer in Kaiserslautern. Die Kammer war noch nach 1851 tätig. (Die Akten usw. wurden 1856 dem damaligen Vorstand der Kreis-, Gewerbe- und Handelskammer der Pfalz übergeben.)

1852–1855: **Gewerbe- und Handelskammern** in Speyer, Frankenthal, Trier, Landau, Kaiserslautern, Zweibrücken und Ludwigshafen; zusammengesetzt aus den an diesen Orten bestehenden Gewerbe-, Handels- und Fabrikräten. Verordnung vom 27. 1. 1850.

1856–1867: **Kreis-, Gewerbe- und Handelskammer der Pfalz**, gebildet aus den Vorsitzenden und Stellvertretern der im Regierungsbezirk befindlichen Gewerbe-, Fabrik- und Handelsräten. Verordnung vom 16. 4. 1855, Vollzug 17. 1. 1856. Keine ständige Geschäftsführung. Alljährlich einmaliger Zusammentritt der Kammer im Februar in Ludwigshafen am Rhein. Vorsitzende: Ludwig Andreas Jordan, Weinhändler in Deidesheim (1856–1866); Simon Levi, Bankier in Landau (1866–1868).

1868–1877 bestand keine Kammer für die Gesamtpfalz. Die auf Grund der Verordnung vom 20. 12. 1868 zu bildende **Handels- und Gewerbekammer für die Pfalz** kommt nicht zustande, da die Gremien ihre Unterstützung versagen. Die von den am Sitz der Kammer (Ludwigshafen am Rhein) ansässigen Mitgliedern gebildete Kammer begann zwar trotz der mannigfachen Schwierigkeiten ihre Tätigkeit, allein bei dem Mangel jeglicher Unterstützung seitens der Bezirksgremien, ohne jeden Erfolg, so daß sie sich Ende 1871 veranlaßt sah, sich fernerhin nur noch den Interessen des Platzes zu widmen, die übrigens in den meisten Fällen wohl auch mit den Interessen der ganzen Provinz übereinstimmten. Anstellung eines Geschäftsführers 1870. Vorsitzender: Lederle aus Ludwigshafen am Rhein.



Im Gasthaus „Zum Anker“ war die erste ständige Geschäftsstelle der Kammer in gemieteten Räumen von 1878 bis 1879 untergebracht.

die pfälzische Industrie- und Handelskammer 1877 konstituiert werden konnte, die künftig für die gesamte Pfalz zuständig war.

Erste Geschäftsstelle in Ludwigshafen

Ludwigshafen profitiert in seiner Entwicklung zur Handels- und Industriestadt in erster Linie von seiner günstigen verkehrsgeographischen Lage. Zu Beginn der 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts siedeln sich immer mehr Unternehmen der chemischen Industrie sowie der Eisen- und Metallverarbeitung

an. Ludwigshafen wird bekannt als Standort für die Fertigung von Pumpen, Dampfmaschinen, Kompressoren, Dampfkesseln und Zylinderblöcken. Am Rheinufer entsteht der zweitgrößte deutsche Mühlenbetrieb mit vollautomatischen Belade- und Entladungseinrichtungen. Und das erste deutsche Unternehmen beginnt mit der Produktion von Wein- und Zitronensäure.

Die Kammer bezog am 1. Januar 1878 ihre ersten Geschäftsräume in Ludwigshafen in gemieteten Räumen im Gasthof „Zum Anker“. Das Anwesen an der Kreuzung von Ludwigstraße und Kaiser-Wilhelm-Straße stand an historischer Stelle, wo einst der für die Geschichte der Stadt bedeutsame alte Ankerhof er-



Baron von Gienanth stellte in der Zeit von 1879 bis 1897 in seiner Villa in der Ludwigstraße der Kammer Büroräume zur Verfügung.



Kaufmannsches Haus in der Ludwigshafener Kaiser-Wilhelm-Straße. Hier hatte die Geschäftsstelle der Kammer von 1897 bis 1904 ihren Sitz.

baut wurde. Nachdem Nikolaus Straub sein Anwesen 1873 an den Baumeister Jos. Hoffmann veräußerte, konnte die Kammer die Geschäftsräume nur noch zeitlich befristet bis 1879 nutzen. Für die Kammer begann damals eine Phase ständiger Standortsuche. Bis zum Jahr 1897 kam die Geschäftsstelle im Anwesen Ludwigstraße 34 unter, das damals im Eigentum von Carl Freiherr von Gienanth stand. Als das Grundstück im Jahre 1896 an die damalige pfälzische Bank Ludwigshafen verkauft wurde, mußte sich die Kammer erneut auf die Suche nach anderen Räumen begeben. Nächstes Domizil war das Kaufmannsche Haus in der Kaiser-Wilhelm-Straße 6, das

wiederum nach kurzer Zeit den Eigentümer wechselte und im Jahre 1903 in das Eigentum der bayerischen Terrain Actien München überging.

Wiederum wuchs die Sorge über die Fortsetzung des Mietverhältnisses. Der damalige Immobilienmarkt in Ludwigshafen bot zudem wenig geeignete Alternativen. In dieser Situation entschloß sich die Kammer über den Kauf eines eigenen Hauses zu verhandeln. Die Entscheidung fiel auf das Anwesen am Ludwigsweg 2, das die Kammer für 120 000 Mark im Jahre 1904 von den Erben des Kaufmanns Klingenburg – eines der ältesten und bedeutendsten Handelshäuser in Ludwigshafen – erwarb. Im Jahr 1908 trennte sich das Handwerk von Industrie und Handel. Die Handelskammer Ludwigshafen am Rhein erhielt im Jahre 1927 die Bezeichnung „Industrie- und Handelskammer Ludwigshafen am Rhein“ und wurde im Jahr 1932 in „Industrie- und Handelskammer für die Pfalz in Ludwigshafen am Rhein“ umbenannt. In den 20er und 30er Jahren übernahm die Kammer immer größere Aufgabenfelder, die Zahl der Mitarbeiter stieg und stellte neue Anforderungen an das Gebäude, das 1936 dann großzügig umgebaut wurde. Im September 1943 zerstörten Brandbomben weite Teile der Ludwigshafener Innenstadt. Auch das Kammergebäude ging in Flammen auf. Die Mitarbeiter kamen zum Teil in Neustadt unter oder bezogen Notunterkünfte bei verschiedenen Unternehmen in Ludwigshafen. Nach Beendigung des Krieges fiel der Entschluß, auf dem Grundstück des zerstörten Kammergebäudes einen den damaligen Bedürfnissen entsprechenden Neubau zu errichten. Mit der feierlichen Einweihung im März 1952 wurde ein neues Kapitel pfälzischer Kammergeschichte aufgeschlagen.



Der Ludwigsweg um das Jahr 1870 mit dem Klingenburgschen Haus – später Sitz der Kammer.

1877–1908: Die Verordnung vom 20. 12. 1868 wird am 6. 3. 1877 vollzogen, nachdem die bisher vom Staat zur Verfügung gestellten Mittel gesperrt wurden. Die nunmehr endgültig geschaffene **Pfälzische Handels- und Gewerbekammer in Ludwigshafen am Rhein** setzt sich zusammen aus den am Sitz der Kammer gewählten Mitgliedern und Vorsitzenden der Gremien. Abänderung der Handelskammer-Verordnung am 25. 10. 1889. Vorsitzende: 1877–1898 Reichsrat Dr. A. v. Clemm, Direktor der BASF; 1898–1908 Frz. Wagner, Direktor der Pfälzischen Hypothekenbank.

1909–1942: **Handelskammer Ludwigshafen am Rhein**. Verordnung vom 25. 2. 1908. Trennung der Gewerbekammer von der Handelskammer. Sämtliche Akten und das gesamte Vermögen gehen auf die Handelskammer über.

1919: Abtrennung der Gremien Homburg und St. Ingbert. Abänderung der Handelskammer-Verordnung am 5. 2. 1927; Bezeichnung: „**Industrie- und Handelskammer Ludwigshafen am Rhein**“, ab 1932 „**Industrie- und Handelskammer für die Pfalz in Ludwigshafen am Rhein**“. Neue Industrie- und Handelskammer-Verordnung am 20. 8. 1934. Neubildung der Kammer, Berufung des Präsidiums und der Beiratsmitglieder. Vorsitzende bzw. Präsidenten: 1908–1926 Geheimrat Ritter von Wagner; 1926–1937 Geheimrat Dr. H. Troeltsch, Pfälzische Hypothekenbank; 1938–1941 Dr. A. Reimann, i. Fa. J. A. Benckiser; 1941–1942 Dr. Wurster, I.G. Farben.

Januar 1943: Auflösung der Industrie- und Handelskammer und Errichtung der **Wirtschaftskammer Ludwigshafen am Rhein**.

1945: Wiedergeburt der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg. Am 2. Juni 1945 bilden in Neustadt 12 Vertreter der pfälzischen Industrie und des Handels einen vorläufigen Beirat. Aus seiner Mitte wird ein Präsidium gewählt (Präsident Dir. von Riss, Gebr. Gienanth-Eisenberg GmbH, Eisenberg). Dem Präsidium – ein Präsident und drei Vizepräsidenten – wird ein Beirat aus 24 Mitgliedern beratend zur Seite gestellt.

1945: Neben den IHK-Zweigstellen in Kaiserslautern, Neustadt und Pirmasens vertreten örtliche Beauftragte der Kammer in Grünstadt, Speyer, Zweibrücken, Landau, Bergzabern, Kusel und Rökkenhausen die wirtschaftlichen Interessen der Pfalz gegenüber der Militär-Regierung.

1948: Die neue Handelskammer-Zeitschrift „Mitteilungsblatt der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz“ erscheint erstmals im Oktober 1948. Sie löst die bisherigen Rundschreiben ab und wird monatlich zweimal herausgegeben.

1949: Die Kammer beginnt ihr im Krieg zerstörtes Gebäude wieder aufzubauen. Richtfest für den ersten Bauabschnitt war am 7. September 1949.

1959: Fertigstellung des erweiterten Neubaus des Kammergebäudes in Ludwigshafen.

1960: Die Bestände der im Krieg völlig zerstörten öffentlichen Bibliothek der Kammer werden wieder aufgebaut und zählen 1960 4000 Publikationen.



1961: Die Kammer beginnt als eine der ersten in der Bundesrepublik Deutschland mit der Errichtung von Gemeinschaftslehrwerkstätten für die überbetriebliche Ausbildung. Insgesamt entstehen im Zeitablauf acht überbetriebliche Ausbildungszentren mit über 400 Ausbildungsplätzen.

1970: Konstituierende Sitzung des Berufsbildungsausschusses der pfälzischen IHK am 3. September 1970. Dem drittel-paritätisch besetzten Gremium gehören jeweils 6 Arbeitgeber, Arbeitnehmer sowie Lehrer an Berufsbildenden Schulen an.

1974: Beginn der Bauarbeiten für das Bildungszentrum der Kammer in Pirmasens mit einem Investitionsvolumen von 5,8 Mio. D-Mark.

1976: Das IHK-Bildungszentrum in Pirmasens wird am 22. Juni 1976 in Anwesenheit von Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl seiner Bestimmung übergeben.

1984: Seit 50 Jahren werden bei der pfälzischen IHK Lehrlingsprüfungen durchgeführt. Innerhalb von fünf Jahrzehnten hat die Kammer über 200000 Jugendliche in rund 140 Ausbildungsberufen geprüft.

Aufgaben im Wandel

Wenn sich auch am grundsätzlichen Auftrag der pfälzischen IHK in den zurückliegenden 150 Jahren nichts Grundlegendes geändert hat, ist das Aufgabenspektrum eindeutiges Spiegelbild der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse markanter historischer Zeitabschnitte. Orientiert am Beispiel der französischen Handelskammern hatte die pfälzische IHK zum Zeitpunkt ihrer Gründung den Charakter einer vom Staat befohlenen Zwangsvereinigung. Die ersten Schritte, die die neue Handelskammer Mitte des 19. Jahrhunderts ging, waren noch tastender Natur und können wohl am besten mit „Gelegenheitspolitik“ umschrieben werden. Um 1860 begann die Kammer mit Denkschriften, Eingaben und Gutachten, bestehende Hemmnisse in Handel, Industrie und Verkehr gegenüber Staatsbehörden gezielt aufzugreifen. Ein breites Betätigungsfeld nahm in dieser Zeit die Schutzzollpolitik ein, für die sich die Pfalz aus reinem Selbsterhaltungstrieb dezidiert einsetzte. Für eine Kehrtwendung sorgte die stärkere Industrialisierung weiter Gebiete der Pfalz, die aufgrund des wachsenden Wettbewerbsdrucks eine liberalere Haltung auslöste.

Verkehrsinfrastruktur im Aufbau

Der wirtschaftliche Aufschwung in Ludwigshafen verstärkte in den 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts die Gutachterstätigkeit des pfälzischen Handelsstandes. Die Kammer beriet die bayerische Regierung bei der Ansiedlung von neuen Industrie- und Handelsunternehmen sowie beim Ausbau des Straßensystems, des Eisenbahnnetzes und der Hafenanlagen. Um den Hafen in Ludwigshafen in seiner Bedeutung zu stärken und der pfälzischen Industrie neue Absatzgebiete rechts des Rheins zu erschließen, wurde der Bau einer festen Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen gefordert. Über 10 Jahre hinweg machte sich die Handelskammer für dieses Verkehrsprojekt stark. Im Jahre 1867 wurde dann schließlich der Eisenbahnverkehr zwischen den beiden Nachbarstädten über eine neuerbaute Eisenkonstruktion eröffnet. Auch der Anschluß der Eisenbahn an das westeuropäische Bahnnetz bildete schon damals einen Schwerpunkt der Kammerarbeit.

Insbesondere ging es um den Ausbau des linksrheinischen deutschen Schienennetzes nach den Niederlanden sowie nach Belgien. Den Aufschwung Ludwigshafens beschleunigte in starkem Maß die Beseitigung aller Schifffahrtshindernisse, für deren Abbau sich die wirtschaftliche Selbstverwaltung vehement einsetzte. Auch die Einführung des in Frankreich geltenden metrischen Maßes sowie des Dezimalsystems für Münzen und Gewichte oder die Einrichtung eines statistischen Landesamtes gehörten zu den Forderungen dieser Zeit. Aufgrund zahlreicher Firmenzusammenbrüche in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte sich die Kammer verstärkt für die Bildung eines Handelsrechts, des bürgerlichen Rechts sowie die Einbindung einer Gewerbeordnung in die Landes- und Reichsgesetzgebung ein. In Zusammenarbeit mit der Handels- und Gewerbekammer der Pfalz entstand 1891 in Ludwigshafen ein Gewerbegericht. Über viele Jahre war der Sitz des Gewerbegerichtes in den Räumen der Kammer untergebracht.

Der Erste Weltkrieg und seine Folgen

Um die Jahrhundertwende greift die Kammer immer häufiger Themen der qualifizierten Ausbildung des Prüfungswesens auf. Die Einrichtung eines achten Grundschuljahres, die Bildung von Realgymnasien oder die Inbetriebnahme der Fachhochschule für Maschinenbau und Elektrotechnik in Zweibrücken zählten zum damaligen Forderungskatalog. Die Kammer unterstützte darüber hinaus die Berufsschulpflicht auf Lehrlinge im Handel auszudehnen und eine Handelshochschule zu gründen. Ende des Ersten Weltkrieges entwickelte sich die Ludwigshafener Geschäftsstelle der Kammer immer mehr zum Zentrum der pfälzischen Wirtschaft. Während der Kriegszeit wurden die Aufgaben ständig ausgeweitet. Die Zwangsbewirtschaftung vieler Rohstoffe und Textilien, laufende Bedarfserhebungen bei Handwerk und Handel, Preisbeschränkungen und Kontrollen, Einsatz eines Schiedsgerichts bei Betrieben mit Zahlungsschwierigkeiten, die Kriegssteuerpolitik und zunehmende Schutzmaßnahmen gegen Fliegerangriffe sowie die Rationierung von Lebensmitteln steckten den Rahmen für das Tätigkeitsfeld der Kammer in dieser schwierigen geschichtlichen Phase ab. Es folgte die Zeit, in der die Pfalz über einen Zeitraum von 12 Jahren von französischen Besatzungstruppen besetzt wurde. Nach

150 Jahre wirtschaftliche Selbstverwaltung

dem verlorenen Ersten Weltkrieg standen zweifellos jene Notlagen im Rampenlicht, die die deutsche Volkswirtschaft erschütterten und schließlich in Reparationsleistungen, hohen Auslandsverschuldungen und der Hyperinflation im Jahre 1923 gipfelten. Im Jahr des Währungszusammenbruches druckte die Kammer einen besonderen „Handelskammer-Dollar“.

Politik der Gleichschaltung im Dritten Reich

Nach der Weltwirtschaftskrise und der Machtübernahme Hitlers setzte die Regierung im April 1933 „Neuwahlen“ in den Industrie- und Handelskammern fest. Die einzelnen Industrie- und Handelskammern versuchten zwar noch einen Weg zu finden, um die Selbstverwaltung aufrecht zu erhalten. Jedoch zum Jahresende 1934 gingen sämtliche wirtschaftlichen Vereinigungen wie die Kammern, das Verkehrsgewerbe, die Handwerkskammern in besonderen Wirtschaftskammern auf. Der Deutsche Industrie- und Handelstag, Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern, wurde 1935 in die Reichswirtschaftskammer umgewandelt. In der Zeit des Dritten Reiches konnten die Kammervorsitzenden nicht mehr frei gewählt werden. Sie wurden vom Reichswirtschaftsminister ernannt. Die Vollversammlung wurde abgeschafft, die Haushalte der Kammer an die Reichs- und Länderhaushalte angepaßt. Noch kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges

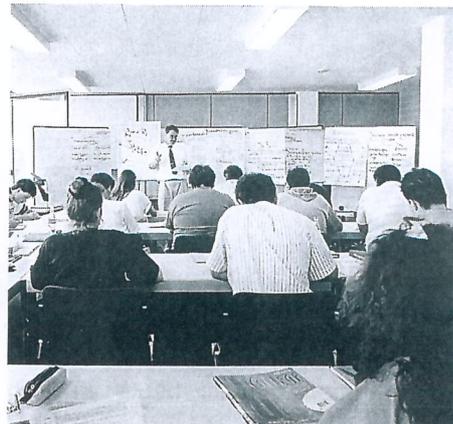
werden die Kammern neuen Bezirkswirtschaftsräten unterstellt und die Kammerarbeit in der Folgezeit gänzlich den Zielen der Kriegswirtschaft unterworfen. Die Verordnung vom 20. April 1942 führt dann zum Untergang aller Industrie- und Handelskammern, die in „Gauwirtschaftskammern“ überführt wurden und als unselbständige Abteilungen bis zum Tag der Kapitulation am 8. Mai 1945 fortbestanden.

Historische Aufgaben in der Nachkriegszeit

Nach der Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 gingen die Ansichten der 3 westlichen Besatzungsmächte über die Rechtsform der neu zu gründenden Kammern stark auseinander. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten konnten die Kammern, wenn auch unter schweren äußeren Bedingungen schon bald wieder ihre Tätigkeit aufnehmen. Unter großer Beteiligung von Bundesregierung und Bundesländern wird der Deutsche Industrie- und Handelstag am 27. Oktober 1949 in Ludwigshafen wiedergegründet. In der wirtschaftlichen Aufbauphase der 50er Jahre arbeitete die Kammer eng mit den pfälzischen Gemeinden zusammen, um zerstörte öffentliche Gebäude und Verkehrswege im Rahmen einer zukunftsweisenden Städteplanung wieder aufzubauen. Für die Firmen im Kammerbezirk standen in der damaligen Zeit Probleme von Betriebsgenehmigungen, die Waren- und Rohstoffbeschaffung, Fragen der Entnazifizierung sowie die Ver-

1985: Das neue Bildungszentrum der Kammer in Ludwigshafen öffnet am 28. März 1985 seine Tore. Für die überbetriebliche Ergänzungsausbildung in Metallberufen stehen über 60 Ausbildungsplätze zur Verfügung.

1987: CNC-Technologien halten Einzug in die überbetrieblichen Bildungszentren der Kammer. Im IHK-Bildungszentrum Pirmasens werden die ersten CNC-Schulungseinrichtungen in Anwesenheit von Bundesbildungsminister Jürgen W. Möllemann ihrer Bestimmung übergeben.



1989: Die pfälzische IHK verstärkt ihre Weiterbildungsaktivitäten. Das Zentrum für Weiterbildung in Ludwigshafen nimmt am 2. Oktober 1989 offiziell seinen Betrieb auf. In das Gebäude und seine Einrichtungen investiert die Kammer 6,7 Mio. D-Mark. Das Angebot umfaßt ein- und mehrtägige Seminare, Lehrgänge mit IHK-Zertifikat sowie Fortbildungslehrgänge, die mit einer Abschlußprüfung enden.

1991: Die Vollversammlung beschließt am 14. Juni 1991 in Kaiserslautern die Verlegung der Kammerzweigstelle von Neustadt nach Landau. Damit soll das vorhandene Zweigstellennetz optimiert und die Präsenz der Kammer in der Südpfalz verstärkt werden.

1992: Der 10000. Teilnehmer an den Prüfungen im Rahmen der Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) hat seine Prüfung am 14. Januar 1992 erfolgreich bestanden. Für den Neubau der Zweigstelle Südpfalz wird am 21. Januar 1992 in Landau der Grundstein gelegt. Die Kammer investiert in das Bauprojekt 5,8 Mio. D-Mark. Auf einer zusätzlichen Grundstücksfläche von 4300 Quadratmetern entsteht ein zweistöckiger Bau, in dem neben Büroräumen für die künftige IHK-Zweigstelle Südpfalz fünf neue Seminarräume eingerichtet werden.

1993: Die Kammer wird am 30. April 1993 150 Jahre alt. Offizieller Festakt war am 14. Mai auf dem Hambacher Schloß.



mittlung von Passierscheinen im Vordergrund. Das wohl einschneidendste Ereignis für die Kammerorganisation in der Nachkriegszeit war der erfolgreiche Abschluß eines einheitlichen Kammerrechts am 18. Dezember 1956, das den Aufgabenkreis und die Zuständigkeit der Industrie- und Handelskammern bestimmte. Danach hat die Kammer die Aufgabe, das Gesamtinteresse der ihr zugehörigen Gewerbetreibenden ihres Bezirkes wahrzunehmen, für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft zu wirken und dabei die wirtschaftlichen Interessen einzelner Gewerbebezüge oder -betriebe abzuwägen und ausgleichend zu berücksichtigen. Durch Vorschläge, Gutachten und Berichte unterstützt und berät die Kammer die Behörden und wirkt für Wahrung von Anstand und Sitte des ehrbaren Kaufmanns. Der Wiederaufbau der Verkehrsinfrastruktur bildet in den 50er Jahren einen Schwerpunkt in der Arbeit der pfälzischen IHK. Sie bemüht sich um die Verkürzung von Transportzeiten, den Ausbau der Verkehrsanlagen und die Neugestaltung der Eisenbahnfahrpläne. Durch die politische und wirtschaftliche Trennung des Saargebietes nach dem Zweiten Weltkrieg wird die Kammer mit zahlreichen Problemen durch die Grenzrandlage konfrontiert. In einer Denk-



Die Kammer baute in den 60er Jahren ein dichtes Netz überbetrieblicher Lehrwerkstätten auf.

schrift „Verbesserung der Verkehrswege zwischen dem Saargebiet und Süddeutschland – Eine politische und wirtschaftliche Forderung“ setzt sich die Kammer für den Ausbau der Autobahn von Kaiserslautern nach Homburg, die Elektrifizierung der Bahnstrecke Ludwigshafen-Homburg sowie für den Bau einer Autobahn bzw. Bundesstraße von Kaiserslautern nach Trier, den zweigleisigen Ausbau der südpfälzischen Bahnstrecke sowie den Wiederaufbau der Rheinbrücke bei Germersheim ein.

Netz überbetrieblicher Lehrwerkstätten

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung und zahlreichen Firmengründungen rückt die Berufsausbildung immer mehr in den Mittelpunkt der Kammerarbeit. Die Zahl der neu eingetragenen Lehrabschlußverhältnisse steigt in dieser Zeit sprunghaft. Als eine der ersten Kammern in der Bundesrepublik

BENCKISER

150 Jahre

Industrie- und Handelskammer für die Pfalz

Wir gratulieren

Seit 1858 sind wir Partner in Ludwigshafen. Zuerst war es die Bewältigung der Anforderungen der industriellen Entwicklungen im wachsenden Wirtschaftsraum Ludwigshafen und der Auswirkungen zweier Weltkriege; heute ist es die gemeinsame Anstrengung, bei sich rasch verändernden und vielfältigen Einflüssen die Standortbedingungen in einem zusammenwachsenden Europa weiter zu verbessern.

Wir danken der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz und ihren Mitarbeitern für ihre Leistungen für unseren Wirtschaftsraum.

Joh. A. Benckiser GmbH
Ludwig-Bertram-Straße 8 + 10 · 6700 Ludwigshafen

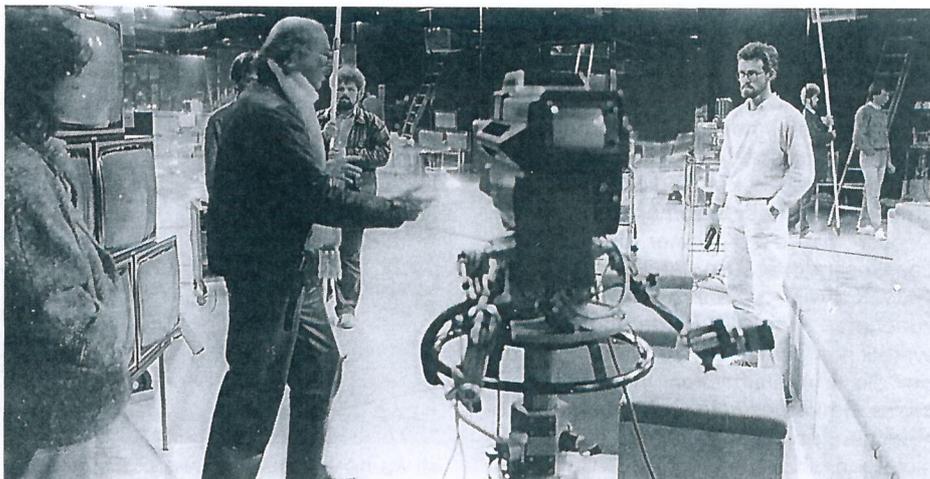
Deutschland unterstützt die pfälzische IHK mit den Anfang der 60er Jahre eingerichteten überbetrieblichen Lehrwerkstätten die Ausbildungsbemühungen der Unternehmen in der Pfalz. Verteilt über den gesamten Kammerbezirk entstehen diese Einrichtungen in Grünstadt, Landau, Neustadt, Speyer, Wolfstein, Haßloch und Kusel. Weitere Bildungszentren sollten 1976 in Pirmasens und 1985 in Ludwigshafen folgen.

Die Liberalisierung des Welthandels, die Einführung der Konvertibilität der Währung und die europäische Integrationspolitik hatten starke Auswirkungen auf die außenwirtschaftlichen Aktivitäten in der Kammerarbeit. Wichtige Themen in der damaligen Zeit waren die Vorbereitungen für das neue Außenwirtschaftsgesetz, die Erleichterung der Zollabfertigung von Warenmustern, die schließlich zur Einführung des Carnet-Systems führte. Mit der wachsenden internationalen Verflechtung baute die pfälzische IHK ihre Kontakte zu Messegesellschaften aus und setzte dieses Instrument gezielt zur Gewerbeförderung ein.

Die Teilung Deutschlands bescherte mit dem Interzonenhandel der Kammer ein neues Tätigkeitsgebiet. Es gehörte zu ihren Aufgaben, Unternehmen auf die Bestimmungen hinzuweisen, die für den Handel mit der DDR galten und Möglichkeiten sowie Grenzen des Interzonenhandels zu verdeutlichen. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre ist die Kammer in ihrer Informationsfunktion durch die Einführung der Mehrwertsteuer und des neuen Aktiengesetzes gefordert. Neue Formen im Handel, Vorbereitungen bei der neuen Preisauszeichnungsverordnung und Ladenschluß sowie die verstärkte Ansiedlung von Einkaufszentren innerhalb und außerhalb der Städte mit ihren Gefahren für die Funktionsfähigkeit der City sind nur einige Stichworte auf dem Gebiet der Absatzwirtschaft.

Ausweitung der Umweltberatung

Seit Beginn der 70er Jahre gewinnt der Umweltschutz für die Kammer immer mehr an Stellenwert. Das Bundesimmissionsschutzgesetz von 1974 mit seinen nachhaltigen Wirkungen für die Unternehmen fordert die Kammer in ihrer Informationsarbeit. Die Abfallbörse, die Produktionsrückstände zur weiteren Verwendung vermittelt, wird bei der pfälzischen IHK ins Leben gerufen. Die Vollversammlung beschließt den Bau von 2 weiteren überbetrieblichen Bildungszentren



An der Erprobung neuer Formen von Wirtschaftssendungen im privaten Fernsehen beteiligte sich die pfälzische IHK in der Pilot-Medien GmbH.

in Pirmasens und Landau mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 7 Millionen D-Mark.

Die verkehrspolitischen Aktivitäten der Kammer zielen auf die Verbesserung der Verkehrsanbindung der Westpfalz ab. Der Ausbau der A 8 zwischen Pirmasens und Karlsruhe ist lange umkämpft, letztlich jedoch erfolglos. Die Energiekrise belebt die Diskussion um den Bau eines Kernkraftwerkes bei Neupotz. Schließlich gewinnen Fragen der regionalen Raumordnung und Entwicklungspolitik immer mehr an Bedeutung.

Starthilfe für Privates Fernsehen

Zu Beginn der 80er Jahre rückt die Medienpolitik verstärkt ins Blickfeld der Kammerarbeit. Um dem Privaten Fernsehen Starthilfe zu geben und Wirtschaftsthemen einer breiteren Öffentlichkeit näher zu bringen, beteiligt sich die Kammer an der Pilot-Medien GmbH. Die rasante Entwicklung der „Neuen Medien“ läutet ein neues Zeitalter der Telekommunikation in den Betrieben ein und erzeugten einen hohen Informationsbedarf. Die Novellierung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb von 1987 und ihre Umsetzung in die betriebliche Praxis löst viele Fragen im Handel aus. Wachsende Probleme der Sonderabfallbeseitigung und die Einführung marktwirtschaftlicher Instrumente im Umweltschutz erhöhen die Anforderungen an die Beratungsleistungen der Kammer. Um den steigenden Bedarf an qualifizierten Mitarbeitern in den Unternehmen zu decken, verstärkt die Kammer ihre Weiterbildungsaktivitäten und baut in Ludwigshafen für 6,7 Mio. D-Mark ein Zentrum für Weiterbildung, das 1989 seine Tore öffnet.

Mit einer ganzen Reihe von Veranstaltungen bereitet die Kammer die Unternehmen der Region auf die Anforderungen des EG-Binnenmarktes vor. Das Engagement der Kammer an den Imagekampagnen „Rhein-Neckar-Dreieck“ sowie „Pirmasens-Zweibrücken“ Ende der 80er bzw. zu Beginn der 90er Jahre zielt darauf ab, den Standort Pfalz im Wettbewerb europäischer Wirtschaftsregionen zu stärken.

Organisierte Staatsferne

Der hoheitliche Auftrag, das Gesamtinteresse der Wirtschaft zu vertreten, die gewerbliche Wirtschaft zu fördern und für den Staat bestimmte Aufgaben in eigener Verantwortlichkeit zu übernehmen sowie eine ständig zunehmende Zahl an Serviceleistungen für die eigenen Mitglieder sind die beiden Säulen, auf denen die Kammerarbeit aufbaut. Der Rückblick in die 150jährige Geschichte der Kammer zeigt, daß sie in der Lage war, ihr Leistungsangebot flexibel an wirtschaftliche und politische Veränderungen anzupassen. Die Kammer hält für die Wirtschaft Freiräume offen, die sie vom Staat nicht erwarten kann. Als organisierte Staatsferne besitzt ihre Stimme ein besonderes Gewicht in der Region und auf Landesebene. Das hohe Maß an ehrenamtlichem Engagement in den Gremien der Kammer untermauert die Verbundenheit und das Verständnis für die Selbstverwaltung der Wirtschaft dieser Region.